

**Die Fraktionen von**

**CDU  
WNK UWG**

**im Rat der Stadt  
Wermelskirchen**

---

An den Bürgermeister  
Herrn Rainer Bleek  
Telegrafienstraße 29-33  
42929 Wermelskirchen

Wermelskirchen, den 22. November 2016

## **Maßstäbe für die Unterbringung von Flüchtlingen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten Sie den folgenden Antrag an den zuständigen Ausschuss zu verweisen. Mit diesem Antrag möchten die oben genannten Fraktionen folgende Maßstäbe für die Unterbringung der Flüchtlinge beschließen lassen.

### **Beschlussvorschlag:**

- a ) An jedem Standort bzw. in keiner Straße sollen mehr als 40 Zuwanderer leben. In unseren Außenbezirken, in denen die Infrastruktur weniger gut ausgeprägt ist, sollten nicht mehr als 20 Personen leben.
  
- b) Die Verwaltung führt Bürgerversammlungen an jedem Standort durch, der für die Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen ist.
  
- c) Neubaumaßnahmen sind grundsätzlich abzulehnen, sofern Baumaßnahmen doch erforderlich sind, soll die Stadt von der Bauträgerschaft Abstand nehmen und einen Generalunternehmer beauftragen.
  
- d) Öffentliche Einrichtungen und Sportplätze, die auch zukünftig genutzt werden sollen, sollen nicht als Unterkunftsplätze zur Verfügung stehen.

e) Regelmäßige Angebote für die Unterbringung, die der Verwaltung zugehen, sollen den Fraktionsvorsitzenden zur Kenntnis gegeben werden

f) Die Verwaltung wird beauftragt einen Holzhäuser-Standort für maximal 40 Personen gemäß dem „Odenthaler-Vorbild“ zu planen.

**Begründung:**

Die oben genannten Fraktionen möchten die Unterbringung der Flüchtlinge im Konsens Hand in Hand mit der Verwaltung meistern. Nachdem die zuständigen Verwaltungseinheiten die Erwartungen an die Politik formuliert haben, möchten die Antragssteller selbiges in Richtung der Stadtverwaltung tun.

Mit der Begrenzung der Belegungszahlen möchten die antragsstellenden Fraktionen die Rahmenbedingungen für eine gelungene Integration schaffen, sodass die deutsche Sprache und unsere Leitkultur weiterhin erfolgreich erlernt bzw. kennengelernt werden kann.

Durch die frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger soll das Miteinander mit den neuen Mitbürgern und Gästen weiter gestärkt werden.

Mit Hilfe der Beteiligung der Fraktionen, bei den eingehenden Angeboten für die Schaffung von Unterkünften, ist die Politik permanent auf dem aktuellsten Stand der Planungen und kennt bereits frühzeitig die Handlungsoptionen. Mit diesem Wissen können die politischen Gremien, wie von der Verwaltung gewünscht, schnelle Entscheidungen treffen, damit Maßnahmen zügig realisiert werden.

Wir bitten die politischen Gremien um Zustimmung zu unserem Antrag.

Mit besten Grüßen



Christian Klicki  
Fraktionsvorsitzender  
CDU



Henning Rehse  
Fraktionsvorsitzender  
WNK UWG